

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
NOVEMBER 2003

Großmacht China, Amerikas kulturelle Diplomatie,
Analysen zum Irak, zu Afghanistan und zum
Arabischen Raum, Zukunft der Vereinten Nationen,
Europas unabhängige Verteidigungsgemeinschaft,
Russisch-Amerikanische Beziehungen, aktuelle
Umfragen, Kurzrezension

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 24. November 2003

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Großmacht China, Amerikas kulturelle Diplomatie, Rechtsstaatsorthodoxie als Entwicklungshemmnis, Analysen zum Irak, zu Afghanistan und zum Arabischen Raum, Zukunft der Vereinten Nationen, Europas unabhängige Verteidigungsgemeinschaft, Russisch-Amerikanische Beziehungen, aktuelle Umfragen, Kurzz Rezension

In den Zukunftsszenarien der internationalen Beziehungen darf China nicht fehlen. Kaum ein Beobachter zweifelt daran, dass die Volksrepublik zur Großmacht avancieren wird. Nur der Zeitpunkt steht noch nicht fest. In den vergangenen Wochen gab es eine Reihe von Publikationen zu diesem Thema. Die Washingtoner Think Tanks halten sich derzeit mit Prognosen für die Krisenregionen Irak, Afghanistan und den Nahen Osten zurück. Doch sie bereiten eine Unmenge von Informationen auf. Amerikas Verhältnis zu den Bemühungen der EU um eine unabhängige Verteidigungsgemeinschaft sowie die Beziehungen zu Russland nach der „Yukos-Affäre“ beschäftigen die Think Tanks ebenso wie die Rolle der Vereinten Nationen im Irak-Krieg. Außerdem: die neuesten Umfragewerte zur allgemeinen Zufriedenheit und zum Rennen um die amerikanische Präsidentschaft. Die Think Tank Updates der kommenden Monate werden jeweils ein aktuelles Buch vorstellen. In diesem Monat: „The Road to the White House 2004“ von Stephen Wayne, Professor an der Georgetown University.

Großmacht China

Diplomatie

Mao Zedong hat die Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 ausgerufen, aber es dauerte noch 23 Jahre, bis die Vereinigten Staaten das Land formal als Staat anerkannten. Die Beziehungen der beiden Länder sind auch nach dem Ende des Kalten Krieges nie unkompliziert gewesen. In **George W. Bushs** Präsidentschaft setzt sich die altbekannte diplomatische Berg- und Talfahrt fort. Im Juli 2002 bezweifelte ein Report des Pentagon, dass der asiatische Riese die Streitigkeiten mit Taiwan friedlich lösen wolle; außerdem sei China eine Bedrohung für die Region. Dabei hatte Peking Amerika bedeutet, dass es konstruktiv bei der Lösung der nuklearen Gefahr mitwirken wolle, die von Nordkorea ausgeht. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben viele Beobachter viel Zeit damit verbracht, den kommunistischen Staat als neue Großmacht zu malen, die Amerika bzw. den Westen herausfordern könne. Das bevölkerungsreichste Land der Erde konnte diesem Bild lange nicht gerecht werden. Damit scheint es nun vorbei zu sein. In der neuen Ausgabe von **Foreign Affairs** beschreiben **Evan Medeiros** und **Taylor Fravel** „China's New Diplomacy“ als Kehrtwende: Erstmals habe die Volksrepublik wirkungsvolle diplomatische Mittel eingesetzt, um Nordkorea in die Schranken zu

weisen: China brach lebenswichtige Öllieferungen ab, entsandte hohe Diplomaten nach Pjöngjang, versetzte Truppen an die chinesisch-koreanische Grenze; im April organisierte das Land Gespräche mit Pjöngjang, und der stellvertretende Außenminister **Dai Bingguo** reist unermüdlich zwischen der amerikanischen und der nordkoreanischen Hauptstadt hin und her. China, so glauben Medeiros und Fravel, entwickle sich zum globalen Akteur.

Wirtschaft und Handel

„Kein Land hat sich so schnell verändert wie China seit den 1970er Jahren“, schreiben **David Hale** und **Lyric Hale** in derselben Ausgabe von Foreign Affairs unter der Überschrift „China Takes Off“. Die Ursachen: aggressive Liberalisierung, Export von High-Tech-Gütern und massive Kapitalflüsse aus dem Ausland (mehr als \$500 Milliarden). Zweifellos werde China bald eine globale Wirtschaftsmacht sein. Allerdings nicht ohne eigene Herausforderungen, wie z. B. der immer größer werdenden Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Arbeitslosigkeit und der immer älter werdenden Bevölkerung.

Seit zwei Jahren ist die Volksrepublik China bereits Mitglied der **Welthandelsorganisation** (WTO). **John Tkacik** vom **Asian Studies Center** der **Heritage Foundation** sorgt sich, dass China die Regeln der Organisation auch in Zukunft missachten werde

(<http://www.heritage.org/Research/TradeandForeignAid/BG1698.cfm>). So halte das Land Handelsbarrieren aufrecht, die den Regeln der WTO entgegenstünden. Außerdem breite sich die Piraterie intellektuellen Eigentums immer schneller aus, und Firmen, die in China in Joint Ventures investieren wollten, würden zum Technologietransfer gezwungen. Wäre China eine kleinere Volkswirtschaft, so Tkacik, könnten die anderen Mitgliedstaaten leicht auf Regelverstöße reagieren. Aber China ist die viertgrößte Handelsnation der Welt. Weshalb es nun an den Vereinigten Staaten sei, das Land an seine internationalen Vereinbarungen zu erinnern. Hierzu seien diplomatischer und wirtschaftlicher Druck vonnöten.

Doch auch Amerika trägt nach Meinung von **John Mankin**, Ökonom beim **American Enterprise Institute**, durch den Richtungswechsel in der eigenen Währungspolitik zur **Stärkung** Chinas **bei**

(http://www.aei.org/publications/pubID.19340/pub_detail.asp). Zur Erinnerung: Ende September waren der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zu ihrem Jahrestreffen in den Vereinigten Arabischen Emiraten an der südlichen Küste des Persischen Golfs zusammengekommen. Damals bestätigten die Wirtschaftsexperten, dass Amerikas derzeitiger Aufschwung anhalten würde, im Gegensatz zu der Zeit nach „9/11“. Die USA hatten die Mitgliedsstaaten von Währungsfond und Weltbank im September vor allem damit überrascht, dass sie sich von der lange gültigen „Politik des starken Dollars“ lösen wollten. Ein starker Dollar, so hieß es unter diesem Mantra, stehe für eine starke amerikanische Wirtschaft. Seit Ende September hat die amerikanische Währung beständig an Wert verloren. China, so Mankin, sei ein Problem für die neue amerikanische „Abwertungsstrategie“ – der Chinesische Yuan ist eng an den Dollar gekoppelt. Ein schwacher Dollar bedeute, dass der Wert des Yuan ebenfalls sinke. Chinas ohnehin schon erheblicher Wettbewerbsvorteil – vor allem gegenüber asiatischen Konkurrenten – werde noch größer. Hinweise darauf, dass die Volksrepublik die Dollarbindung in naher Zukunft beende, gebe es nicht. Die USA würden auf den ungleichen Wettbewerb jedoch mit neuen amerikanischen Handelsbarrieren für China reagieren können.

Militär

Larry Wortzel von der **Heritage Foundation** glaubt, dass Peking auch militärisch an zwei Fronten kämpfe – vor allem jetzt, da das Land in der ersten Liga der Weltraumforschung mitspielt (www.heritage.org/Research/AsiaandthePacific/wm346.cfm). Von einem defensiven Standpunkt aus versuche China die USA daran zu hindern, eigene Anti-Satelliten-Waffen und das lange diskutierte, im All angesiedelte Raketenabwehrsystem zu entwickeln. Ein erster Schritt war ein gemeinsam mit Russland ausgearbeiteter Vorschlag für einen Vertrag der Vereinten Nationen, der sämtliche nicht-nukleare Waffen im All verbieten soll. Im gleichen Atemzug entwickle China jedoch eigene, nicht-nukleare Waffen, die die Satelliten und andere Flugkörper, also auch Raketen, zerstören könnten.

Amerikas kulturelle Diplomatie: Lehren aus dem Kalten Krieg

Für Washington gilt es, die Herzen und die Gemüter vieler Menschen auf der Erde zurück zu gewinnen, dass bestätigt jeder Beobachter. Die Umfragen der

vergangenen Monate hatten ergeben, dass Amerikas Ansehen in der Welt so niedrig ist wie selten zuvor (siehe Think Tank Update Oktober 2003). In **Foreign Affairs** schreibt **Helena Finn**, dass „die Vereinigten Staaten der verzweifelten Jugend [in feindlich gesinnten Ländern] eine ideologische Alternative bieten muss“. Früher habe diese „kulturelle Diplomatie“ unter der Ägide des CIA stattgefunden; heute wäre das eher kontraproduktiv. Allerdings: Die Erkenntnisse aus der Ideologieschlacht mit dem Kommunismus müssten nun genutzt werden, um den Antiamerikanismus, vor allem in der muslimischen Welt, zu verringern. Dabei dürfe nicht übersehen werden, dass auch der Westen nicht uneingeschränkt hinter Amerika stehe. **Dominique Moïsi** vom Französischen **Institut für Internationale Beziehungen** spricht in **Foreign Affairs** von einem „Cultural Divide“, der „den Westen“ in eine amerikanische und eine europäische Hälfte geteilt habe. Das sollten die Regierenden auf beiden Seiten endlich anerkennen. Islamischer Fundamentalismus, internationaler Terrorismus und Massenvernichtungswaffen hätten nicht die gleiche vereinigende Wirkung gehabt wie einst die Bedrohung durch die Sowjetunion. Nach „9/11“ sei es vielmehr zu einem geradezu ironischen Rollentausch zwischen Europa und Amerika gekommen. Washington habe die Bismarcksche Außenpolitik für sich selbst wieder belebt, die Europas Diplomatie im 19. Jahrhundert regiert habe. Statt Militärmacht in das Zentrum ihrer außenpolitischen Strategie zu stellen, verhielten sich die meisten Staaten Europas – ganz im Sinne von **Woodrow Wilson** – wie die amerikanischen Idealisten der 1920er. Jetzt gehe es für beide Seiten darum, einen neuen *modus operandi* zu finden.

Rechtsstaat-Orthodoxie als Entwicklungshemmnis?

Das deutsche Wort „Rechtsstaat“ ist aus dem englischen nicht mehr wegzudenken. Längst hat es unter dem Stichwort „Rule of Law“ in die Entwicklungsdiskussion Eingang gefunden. In einem neuen Arbeitspapier für **Carnegie Endowment for International Peace** spricht **Stephen Golub** von einer „Rule of Law Orthodoxy“, die von anderen wichtigen Entwicklungsmechanismen ablenke (<http://www.ceip.org/files/pdf/wp41.pdf>). Bemühungen von Weltbank, Währungsfond und anderen multilateralen Agenturen, einen Rechtsstaat herzustellen gingen von oben nach unten und lenkten von den Problemen der Bevölkerung ebenso ab wie von der Bedeutung der Zivilgesellschaft.

Analysen zum Arabischen Raum

Seit Anfang des Jahres gibt die **Carnegie Endowment for International Peace** monatlich den **“Arab Reform Bulletin“** heraus (<http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-10-15.asp?from=pubdate#sareform>). Die Publikation hält die wichtigsten Neuerungen in der Region fest und analysiert diese ausführlich. In der aktuellen Ausgabe beschreibt **Marina Ottaway**, Senior Associate bei Carnegie, die amerikanischen Bemühungen im Irak, kommunale Selbstverwaltung zu initiieren. **Khalid Al-Dakhil** von der **King Saud Universität** in Riad und derzeit Forscher bei Carnegie blickt auf Saudi-Arabiens Reform-Bewegung zurück. Die elitäre Bewegung hatte sich nach der irakischen Invasion in Kuwait Anfang der 1990er Jahre gegründet und sendet seither wieder und wieder Petitionen für politische Reformen an das saudische Königshaus.

Irak-Index und Afghanistan-Update

Kaum ein Tag vergeht, an dem Amerika und seine Alliierten keine Verluste im Irak zu klagen haben. Bei solchen Nachrichten ist es schwierig, Fortschritte beim Wiederaufbau des Iraks zu erkennen. Aus diesem Grund fragt die **Brookings Institution** nun täglich: „How We’re Doing In Iraq?“ Ein statistischer Index, der sich aus Zahlen zu Kriminalität, Infrastruktur, Verlusten, Arbeitslosigkeit, irakischen Sicherheitskräften, Ölproduktion u.a. zusammensetzt, soll die Wiederaufbaubemühungen mit konkreten Zahlen belegen. Der „**Iraq-Index**“ – www.brookings.edu/iraqindex -- wird täglich, unter der Leitung von **Michael O’Hanlon**, Senior Fellow für Foreign Policy Studies bei Brookings, aktualisiert.

In einem ähnlichen Format analysiert das **Center for Defense Information** täglich die Lage in Afghanistan sowie die Fortschritte der dort stationierten **International Security Assistance Force** (ISAF):

http://www.cdi.org/program/document.cfm?DocumentID=1841&from_page=/index.cfm.

Die Vereinten Nationen und der Irak-Krieg: Diskussionsforum oder globaler Akteur?

Nile Gardiner und **Baker Spring** von der **Heritage Foundation** fordern die **Vereinten Nationen** (VN) zur Reform auf.

(<http://www.heritage.org/Research/InternationalOrganizations/loader.cfm?url=/commentary/spot/security/getfile.cfm&PageID=51395>). Präsident **Bushs** Rede Ende September vor der Vollversammlung in New York habe die VN auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit gezeigt. Das Weltgremium gebärde sich eher als Diskussionsforum denn als globaler Akteur, der die Probleme der Welt lösen könne. Die Unfähigkeit der VN, mit der Diktatur im Irak umzugehen, habe die Glaubwürdigkeit der Organisation infrage gestellt: Die VN hätten nicht als effektiver Mechanismus für globale Sicherheit agiert; der Sicherheitsrat sei zur Barriere geworden – europäische Länder hätten ihn benutzt, um die Vereinigten Staaten bei ihren weltweiten Aktivitäten einzuschränken. Um nicht unterzugehen wie einst der **Völkerbund**, müssten sich die VN – inklusive ihrer Charta – grundlegend reformieren. Die Autoren nennen sechs Kernziele, unter anderem: die VN dürften nicht die nationale Souveränität der USA einschränken; die Charta solle militärische Präventivschläge gegen sogenannte Schurkenstaaten und Staaten erlauben, die Terroristen unterstützen.

Europas Wunsch nach einer unabhängigen Verteidigungsgemeinschaft

„Wie ein Vampir steht die Idee einer von NATO unabhängigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft immer wieder von den Toten auf“, schreiben **John Hulsman** und seine Kollegen von der **Heritage Foundation** (<http://www.heritage.org/Research/InternationalOrganizations/wm364.cfm>).

Besonders die deutsch-französischen Bemühungen, neben der NATO eigene militärische Strukturen aufzubauen, würden die Bush-Administration beunruhigen. Außenminister **Colin Powell** wird aufgefordert, immer wieder deutlich zu machen, dass die **NATO** die wichtigste transatlantische Sicherheitsorganisation bleiben müsse und dass dieses im Interesse Amerikas und Europas sei. Es sei jetzt an den Europäern, zu ihren Versprechen, insbesondere dem „Berlin-Plus“-Abkommen über die Verteidigungszusammenarbeit, zu stehen. Das „Berlin-Plus“-Abkommen sichert der Europäischen Union die Nutzung der Fähigkeiten und Mittel der NATO zu. Dazu müssten die Europäer endlich ihre Militärausgaben erhöhen und ihre militärischen Kapazitäten adaptieren.

Ambivalente Freundschaft: Russland und Amerika

Nach dem Ende des Kalten Krieges herrschte weltweit Ungewissheit, in welche Richtung sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der (früheren) Sowjetunion entwickeln könnten. Einer der besten Kenner der früheren Sowjetunion und des heutigen Russlands ist **Michael McFaul** von der **Hoover Institution**. Gemeinsam mit **James Goldgeier** vom **Council on Foreign Relations** beschreibt er in einem neuen Buch die „U.S. Policy Toward Russia After the Cold War“. Während der Präsidentschaften von **George H.W. Bush, Bill Clinton** und **George W. Bush**, so die Einschätzung, sei Russland von Amerikas größtem Widersacher zum potenziellen Partner Amerikas geworden. Ganz anderer Meinung ist hier **Nikolai Zlobin**, Direktor des **Russia and Asia Program** des **Center for Defense Information**. Der Grund: die Zurückhaltung Washingtons, wenn es um innenpolitische Angelegenheiten Russlands (wie die jüngsten Verhaftungen) geht. Zlobin meint, dass das Weiße Haus Vorkommnisse wie die Yukos-Affäre nicht länger ignorieren dürfe; ansonsten gäbe es keine Basis für eine Partnerschaft (<http://www.cdi.org/zlobin/yukos.cfm>).

Wirtschaftsaufschwung und Optimismus in der Bevölkerung; Präsident Bush in Umfragen vorn

Allan Meltzer, Ökonom beim **American Enterprise Institute**, (http://www.aei.org/news/newsID.19367,filter./news_detail.asp), hält nichts vom Schlechttreden der neuesten Wirtschaftswachstumswerte. Gut 7 Prozent war die amerikanische Volkswirtschaft im vergangenen Quartal gewachsen. Kritiker halten entgegen, dass trotz dieses beträchtlichen Aufschwungs keine neuen Jobs geschaffen werden. Das stimme so nicht, meint Meltzer unter dem Titel „A Jobless Recovery?“. Vielmehr habe sich der Arbeitsmarkt gewandelt, Firmen hätten rationalisiert und bestimmte Produktionseinheiten ausgelagert. Arbeitsplätze seien daher nicht verloren gegangen; sie hätten sich nur in andere Wirtschaftsbereiche verschoben – wobei die Arbeitnehmer mit Lohneinbußen und geringerer sozialer Absicherung zu rechnen hätten. **William Beach** und **Rea Hederman** von der **Heritage Foundation** füttern Meltzers Analyse mit Zahlen. „Die Steuersenkungen funktionieren: über 1 Million neue Jobs“, schreiben die Ökonomen in ihrer Analyse für das gesamte Jahr. Die Arbeitslosenrate ist seit September bereits um einen

Zehntelprozentpunkt auf 6 Prozent gesunken – verbunden mit einer Produktivitätssteigerung von gut 7 Prozent im vergangenen Quartal.“

Die andauernden positiven Nachrichten aus der Wirtschaft spiegeln sich auch in der öffentlichen Meinung und den neuesten Umfragewerten für **Präsident Bush** wider. Eine aktuelle **Gallup**-Statistik unterstreicht diesen Trend (<http://www.gallup.com/poll/releases/pr031112.asp>): 53 Prozent der Amerikaner sind optimistisch, was die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung angeht. Nur 37 Prozent haben eine negative Einstellung. So optimistisch war die Bevölkerung das letzte Mal im April 2002. Zufriedenheit insgesamt scheint sich allerdings, trotz des Wirtschaftsaufschwungs, noch nicht recht eingestellt zu haben. In derselben Umfrage heißt es, dass 54 Prozent derzeit insgesamt nicht zufrieden seien; 44 Prozent seien demgegenüber mit ihrer derzeitigen Lage zufrieden. Damit dürfte sich die Meinung vieler Analysten und Kommentatoren bewahrheiten: Amerikas öffentliche Meinung ist wieder auf dem Stand der Zeit vor „9/11“.

Amerikas Meinungsforschungsinstitute arbeiten in Wahlzeiten auf Hochtouren. Am 19. Januar findet die erste *Primary* (Vorwahl) der Demokraten im Bundesstaat Iowa statt. In der aktuellen, landesweiten Befragung von **Gallup** meinen 17 Prozent der Befragten, dass sie dem früheren Gouverneur Vermonts, **Howard Dean**, bei der Nominierung unterstützen würden. Dasselbe gilt für General a.D. **Wesley Clark**. Mit je 13 Prozent liegen **Joe Lieberman**, Senator aus Connecticut, und **Dick Gephardt**, Senator aus Missouri, an zweiter Stelle. Für Senator **John Kerry** aus dem „Kennedy-Staat“ Massachusetts sprachen sich nur 9 Prozent aus. Seit Beginn des Wahlkampfes Anfang des Jahres hat der Prediger **Al Sharpton** seine landesweite Bekanntheit zwar ausgebaut, doch er würde derzeit nur von 5 Prozent der Befragten unterstützt werden.

CBS fragte nach den Wiederwahlchancen für Präsident **George Bush**. Ende Oktober hatten sich 46 Prozent für George Bush ausgesprochen. Nur 34 Prozent der Befragten wollten einen Demokraten zum Präsidenten wählen; 16 Prozent waren noch unsicher. Die Zahlen haben sich Mitte November etwas zu Gunsten der Demokraten verschoben und weisen nun auf das, von Analysten ohnehin prophezeite Kopf-an-Kopf-Rennen hin: Präsident Bush würde zurzeit 41 Prozent der

Stimmen erhalten, ein Demokrat 43 Prozent; 12 Prozent der Befragten waren unentschieden; 5 Prozent wissen es nicht bzw. wollen erst gar nicht zur Wahl gehen.

Gallup fragte auch nach dem demokratischen Kandidaten, der die besten Chancen habe, George W. Bush zu besiegen. Die Antwort: keiner. Die Demokraten können Präsident Bush bislang nicht das Wasser reichen. Konkret sieht das wie folgt aus:

Bush : Dean = 53 : 44
Bush : Gephardt = 52 : 46
Bush : Kerry = 52 : 46
Bush : Lieberman = 52 : 46
Bush : Clark = 50 : 47

www.pollingreport.com

Kurzrezension: The Road to the White House 2004 von Stephen Wayne

In Wahljahren ist **Stephen J. Wayne** ein viel gefragter Mann. Der Politikprofessor der Washingtoner Georgetown University gehört zu den renommiertesten seines Faches. Sein Spezialgebiet: die amerikanische Präsidentschaft. Es vergeht kaum ein Jahr, ohne dass Wayne seine neuesten Erkenntnisse in Buchform niederschreibt. Sein aktuelles Buch „The Road to the White House 2004“ ist Anfang November erschienen.

Der Weg ins Weiße Haus ist lang und kostspielig. Die amerikanischen Verfassungsväter hatten sich schwer mit der Entscheidung getan, wie der Präsident zu wählen sei. Nur eins stand 1787 in Philadelphia fest: der Präsident soll unabhängig sein und trotzdem repräsentativ. Seitdem hat das amerikanische Wahlsystem unzählige Änderungen erfahren. Vor allem die Entstehung politischer Parteien Anfang des 19. Jahrhunderts und die einhergehende Öffnung des Wahlrechts bereiteten den Weg für die so genannte „general election“, die landesweite Präsidentschaftswahl. Seit nunmehr 30 Jahren beobachtet, analysiert und lehrt Stephen Wayne die amerikanische Präsidentschaft. „The Road to the White House 2004“ ist die erweiterte Version von Waynes Klassiker „The Road to the White House 2000“. Der Titel ist dabei etwas irreführend, denn zu den Kandidaten für die kommende Wahl verliert Wayne fast kein Wort. Dafür weiß der Leser nach einigen Stunden leicht verständlicher Lektüre das Wichtigste zur Geschichte und zum Ablauf der Wahlen – von der Bekanntgabe der Kandidatur bis zur Nominierung durch die

Partei. Die besondere Aufmerksamkeit des vorliegenden Bands gilt der Wahlkampffinanzierung. Wayne erklärt die neuen Regeln des McCain-Feingold-Gesetzes und die dahinter stehende Logik: In Wahlkämpfen soll Geld eine geringere Rolle spielen; kleine Spenden von bis zu \$250 sollen durch sogenanntes „big money“ von wohl situierten Unterstützern und großen Konzernen, den sogenannten „fat cats“, nicht in die Bedeutungslosigkeit abrutschen. Kleine Spenden werden mit Steuergeldern verdoppelt. Kandidaten, die sich der staatlichen Finanzierung verschreiben, unterwerfen sich Ausgabenbegrenzungen, die mithilfe der Wählerzahlen berechnet werden. Für 2004 dürfte diese Ausgabengrenze bei \$46 Millionen liegen, gegenüber \$33,8 Millionen im Jahr 2000. Da eine solche Unterwerfung aber dem Verfassungsrecht der freien politischen Rede widerspricht, muss sie freiwillig sein. Diese Freiwilligkeit, so die Logik, erkaufte sich der Staat mit finanziellen Anreizen. George Bush hat von Beginn an deutlich gemacht, dass er keine Steuergelder im Wahlkampf nutzen werde. Seine Demokratischen Herausforderer Howard Dean und John Kerry machen es dem Präsidenten gleich. Dean, bekannt für sein basisdemokratisches Wahlkampfverständnis, ließ der Entscheidung eine Befragung seiner Unterstützer vorausgehen. Kerry verstand Deans Entscheidung, aus dem staatlichen System heraus zu optieren, als Herausforderung und tat es dem früheren Gouverneur Vermonts gleich. Nun ist es an den Gesetzgebern, die Wahlkampffinanzierung wieder ins rechte Lot zu rücken, um zu verhindern, dass eine Wahl auch in Zukunft durch Geld entschieden wird. Doch nicht nur die Finanzen müssen stimmen, auch das mediale Umfeld und die Strategien der einzelnen Kampagnen haben gehörigen Einfluss auf den Ausgang der Präsidentschaftswahl. Wayne erklärt dies immer wieder anhand von Beispielen aus der Vergangenheit und gibt Aufschluss über künftige Entwicklungen. „The Road to the White House 2004“ ist Nachschlagewerk, Fibel und Übungsbuch in einem und ragt durch die Dichte von Informationen und die hervorragende Lesbarkeit aus dem Dickicht ähnlicher Publikationen heraus. Das Anliegen des Autors wird beim Umschlagen jeder Seite deutlich: Wayne will seine Leser so auf den kommenden Präsidentschaftswahlkampf vorbereiten, dass diese ihn nicht nur verfolgen, sondern auch verstehen.

Stephen J. Wayne, The Road to the White House 2004. The Politics of Presidential Elections, Wadsworth, Toronto, 2003. EUR 30.

What's New?

Foreign Affairs im Aufwind

Amerikas Engagement in der Welt kommt der vom **Council on Foreign Relations** herausgegebenen Zeitschrift **Foreign Affairs** zugute. Seit „9/11“ ist das Interesse der Amerikaner an internationalen Beziehungen kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Leser von **Foreign Affairs** hat sich in den letzten zwei Jahren um 18 Prozent auf 130.000 erhöht. Auch die Verkaufsstatistik weist in Richtung Erfolg. Einst war **Foreign Affairs** eine Publikation für Experten. Bei der Buchhandelskette Barnes&Noble nahm das Magazin noch im vergangenen Jahr Platz 228 unter allen verkauften Zeitschriften ein. In diesem Jahr ist **Foreign Affairs** auf Nr. 26, unter Magazinen der gleichen Kategorie steht das Blatt gar auf Platz 7 – nach so populären Titeln wie **People, Time, The Economist, Newsweek, The New Yorker** und **Atlantic**.

National Medal of Science für Richard Garwin

Richard Garwin, beim **Council on Foreign Relations** zuständig für Wissenschaft und Technologie, ist der diesjährige Preisträger der erlauben **“National Medal of Science“** erlauben. Die Medaille, die seit 1959 durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten verliehen wird, ist die höchste amerikanische Auszeichnung auf dem Gebiet der Wissenschaft. Garwin gilt als führender Kopf in der Entwicklung von Militärtechnologie. Der Physiker berät die Regierung, insbesondere auf den Gebieten nukleare Sicherheit und Waffenkontrolle.

Irving Kristol Award für Charles Krauthammer

Charles Krauthammer erhält in diesem Jahr den **“Irving Kristol Award“** des **American Enterprise Institutes**. Krauthammer ist einer der bekanntesten konservativen Kommentatoren der amerikanischen Außenpolitik. Er gilt als Begründer der **Reagan-Doktrin** – gemeint ist die Unterstützung, die Präsident **Ronald Reagan** weltweit allen anti-kommunistischen Bewegungen zusagte, nachdem er den amerikanischen Kongress und die Bevölkerung in seiner so genannten „Evil Empire“-Rede aufgefordert hatte, sich gegen die Sowjetunion aufzulehnen. Gleich nach Ende des Kalten Krieges sprach Krauthammer vom „unipolaren Moment“ in einem gleichnamigen **Foreign Affairs**-Artikel und sagte damit bereits voraus, dass die USA als einzige Supermacht verbleiben würden. Nach

„9/11“ sprach sich der Kolumnist der **Washington Post** unter dem Stichwort „The New American Unilateralism“ für eine radikale Richtungsänderung in der amerikanischen Außenpolitik aus. Krauthammers Artikel erscheinen weltweit in mehr als 125 Zeitungen und vielen Magazinen. Krauthammer, von Hause aus Arzt der Psychiatrie, begann seine publizistische Karriere 1981 bei der **New Republic**; zuvor hatte er während des Wahlkampfes 1980 Reden für Vizepräsident **Walter Mondale** geschrieben. 1987 erhielt der Journalist den **Pulitzer-Preis**. Im vergangenen Jahr ging der „Irving Kristol Award“ an den Wirtschaftswissenschaftler **Allan Meltzer**. Zu den Preisträgern gehörten bereits u.a. **Gerald Ford** (1977), **Henry Kissinger** (1981), **Jeane Kirkpatrick** (1985), **Ronald Reagan** (1988) und **Dick Cheney** (1993).

Neue Pläne bei den Cheneys

In Washington sitzen viele **Cheneys** an einflussreichen Stellen. **Dick Cheney** ist Amerikas Vizepräsident, seine Frau **Lynne Cheney** beschäftigt sich beim **American Enterprise Institute** als Senior Fellow mit Bildung und Kultur. Tochter **Elizabeth Cheney** hat nun ebenfalls angekündigt, bald für einen Think Tank arbeiten zu wollen. Derzeit leitet sie als Deputy Assistant Secretary im **Bureau of Near Eastern Affairs** die Demokratie-Initiative der Administration für den Nahen Osten. Bevor sich Cheney in einem – noch nicht näher benannten – Think Tank niederlässt, will sie ihren Vater und Präsident **George W. Bush** zur Wiederwahl verhelfen. Dafür wird sie im Dezember das State Department verlassen. Als Nachfolgerin ist **Alina Romanowski**, bislang Elizabeth Cheneys Stellvertreterin, im Gespräch.

Bibliographie

Khalid Al-Dakhil, Saudi Arabia's Reform Movement: A Historical Glimpse, Arab Reform Bulletin, Washington, DC, CEIP, Vol. 1, Nr. 4, Oktober 2003.

William Beach und Rea Hederman, Tax Cuts Working: Over 1 Million New Jobs, Heritage Foundation, Washington, DC, November 2003.

Stephen Golub, Beyond Rule of Law Orthodoxy. The Legal Empowerment Alternative, Working Paper 41, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace Democracy and Rule of Law Project, October 2003.
Onlineversion: (<http://www.ceip.org/files/pdf/wp41.pdf>).

David Hale und Lyric Hughes Hale, China Takes Off, Foreign Affairs, November/December 2003.

John Hulsman, Jack Spencer, Jamey Carafano und Will Schirano, Secretary Poewll's Message to Europe: Measuring NATO's Future Performance. WebMemo 364, Heritage Foundation, Washington, DC. November 2003. Onlineversion: <http://www.heritage.org/Research/InternationalOrganizations/wm364.cfm>

Helen Kinn, The Case for Cultural Diplomacy: Engaging Foreign Audiences, Foreign Affairs, November/December 2003.

Michael McFaul und James Goldgeier, Power and Purpose: U.S. Policy Toward Russia After the Cold War, Washington, DC, The Brookings Institution Press, 2003.
http://www.aei.org/news/newsID.19367,filter./news_detail.asp.

Evan Medeiros und Taylor Fravel, China's New Diplomacy, Foreign Affairs, November/December 2003.

Meltzer, Allan, A Jobless Recovery?, On The Issues, American Enterprise Institute, Washington, DC, November 2003. Onlineversion: http://www.aei.org/news/newsID.19367,filter./news_detail.asp.

Dominique Moïsi, Reinventing the West, Foreign Affairs, November/December 2003
Eugene A. Matthews, Japan's New Nationalism, Foreign Affairs, November/December 2003.

Marina Ottaway, Rebuilding Local Government in Iraq, Arab Reform Bulletin, Washington, DC, CEIP, Vol. 1, Nr. 4, Oktober 2003.

John Tkacik, The U.S. Must Face Up to China's Trade Challenges, Backgrounder 1698, Heritage Foundation, Washington, DC, November 2003. Onlineversion: <http://www.heritage.org/Research/TradeandForeignAid/BG1698.cfm>.

Stephen J. Wayne, The Road to the White House 2004. The Politics of Presidential Elections, Wadsworth, Toronto, 2003. EUR 30.

Wortzel, Larry, China and the Battlefield in Space, Heritage Foundation, Washington, DC, Oktober 2003.

Nikolai Zlobin, Moscow and Washington: No Longer Enemies....But No Longer Friends, Center for Defense Information, Washington, DC, November 2003.
Onlineversion: <http://www.cdi.org/zlobin/yukos.cfm>.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Hoover Institution: www.hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet:

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 24. November 2003